

Hermaphroditen". (dpa)

### Spiele des Tages

15 Uhr: Togo – Schweiz  
18 Uhr: Saudi-Arabien – Ukraine  
21 Uhr: Spanien – Tunesien

### IM GESPRÄCH

#### Debatte über Steuersplitting

Steuervorteile für kinderlose Ehepaare sollen zugunsten der Familien abgeschafft werden, fordern CDU-Politiker. Doch ihre Rechnung ist fehlerhaft. **3**

### GESUNDHEITSPOLITIK

#### Vertrag für chronisch Kranke

Im Saarland haben die AOK und der Hausärzteverband einen Vertrag unterzeichnet, der die Behandlungsqualität verbessern soll. **8**

### MEDIZIN

#### Komplementärmedizin ist beliebt

Das Interesse an Komplementärmedizin und Phytotherapie ist groß – sowohl bei Patienten, etwa mit Krebs, als auch bei gesunden Menschen. **11**

### WIRTSCHAFT

#### Hüter des Stabilitätspakts

Jürgen Stark heißt der Nachfolger von Otmar Issing im Direktorium der Europäischen Zentralbank. **14**

**Beilagenhinweis:** Dieser Ausgabe liegt eine Beilage der Firma Praxis Partner GmbH, Limburg, bei.

**ÄRZTE & ZEITUNG** Postfach 20 02 51  
Verlagsgesellschaft mbH 63077 Offenbach

<b>Leser-Service:</b>	<b>Verlag:</b>
Tel.: (0 61 02) 50 60	Tel.: (0 61 02) 50 60
Fax: (0 61 02) 50 61 77	Fax: (0 61 02) 50 61 23
<b>Redaktion:</b>	<b>Internet:</b>
Tel.: (0 61 02) 50 60	E-mail: info@aerztezeitung.de
Fax: (0 61 02) 50 61 77	www.aerztezeitung.de
	rt: arztonline

ZS.B  
26091X  
ZB MED

Kollegen in den Krankenhäusern in diesem Jahr ein Zusatzeinkommen von mindestens 2500 Euro.

Ferner werden Bereitschaftsdienste an Feiertagen mit einem 25prozentigen Zuschlag vergütet. Außerdem erhalten Ärzte pro Jahr drei bezahlte Fortbildungstage. Nicht durchsetzen konnte sich der MB mit seiner Forderung, die Gehälter der Berufseinsteiger um

## Harsche Kritik an EU-Förderung

**STRASSBURG (eb).** Das Votum des EU-Parlaments, die Forschung mit humanen embryonalen Stammzellen finanziell zu fördern, ist auf harsche Kritik in Deutschland gestoßen. Bundesforschungsministerin Annette Schavan (CDU) bedauerte die Entscheidung und sprach sich für eine Stichtagslösung aus. **Siehe Seite 7**

## „Gewebe wird zur Handelsware“

Bundesärztekammer übt massive Kritik am geplanten Gewebegesetz

**BERLIN (fst).** Bundesärztekammer (BÄK), Krankenhäuser und Kassen warnen vor den Folgen eines vom Bundesgesundheitsministeriums (BMG) geplanten Gesetzes zur Regelung von Gewebespenden.

„Wenn das Gewebegesetz in der jetzigen Form in Kraft tritt, dann ist dem gewerblichen Markt für Gewebetransplantate Tür und Tor geöffnet“, sagt Bundesärztekammer-Präsident Professor Jörg-Dietrich Hoppe. Das BMG will mit dem Entwurf eine EU-Richtlinie

weiteren 100 Euro aufzustocken und die Gehälter der Ärzte im Osten dem West-Niveau anzugleichen. Das Gehaltsgefälle sorgt bereits für Empörung im Osten. So wollen Ärzte in Mecklenburg-Vorpommern den Streik fortsetzen.

Bundesärztekammer-Präsident Jörg-Dietrich Hoppe äußerte Verständnis dafür, dass die Ärzte versichtlich, genommen tagt die Gr danach müs mung mind MB-Mitglie der Tarifve kann. **S**

## Verbände für Impfpflicht

Gemeinsame Erklärung von zwölf Ver

**NEU-ISENBURG (dpa).** Zwölf Ärzte- und Wissenschaftsverbände haben eine gesetzliche Impfpflicht für Kinder in Deutschland gefordert. Kindern sollte der Besuch von Kindergärten und Schulen nur noch erlaubt werden, wenn sie alle empfohlenen Schutzimpfungen nachweisen könnten. Das regten die Präsidenten der zwölf Vereinigun-

gen, etwa de Kinder- und lands in ein rung an. Fi Masern hat auch der Magdeburg

Weitere Informationen unter [www.aerztezeitung.de](http://www.aerztezeitung.de) unter der Rubrik „Impfen“.

umsetzen, die Qualität und Sicherheit von menschlichem Gewebe gewährleisten soll. Dafür will das Ministerium alle Einrichtungen, die mit Gewebe umgehen, dem Arzneimittelrecht unterwerfen. Augenhornhäute, Herzklappen oder etwa Gehörknöchelchen würden dann einer handelbaren Arznei gleichgestellt. Die Umsetzungskosten für die Krankenhäuser wären enorm: Nach Schätzung des Ersatzkassenverbands brauchten bundesweit etwa 1400 Kliniken mit Intensivstationen genau wie ein Arzneiherstellungserlaubnis für Gewebe m Raum-Bedingungen. Nach Angaben vom Ersatzkassenverband stellen sich die Kosten für 400 000 Euro pro Jahr weit etwa 50 Prozent der Folgekosten der Kassen. Zur Umsetzung des BMG nach dem Gesetzentwurf